

Autoland Deutschland? Schluss mit „weiter so!“

Geld für Öffis statt für Autos! Klimagerechte Umverteilung jetzt!

Der Klimakollaps ist nur mit einer radikalen Mobilitätswende zu verhindern. Dazu gehört ein konsequenter Rückbau des Autoverkehrs als großem Verursacher von Treibhausgasen und Stickoxid. Und gleichzeitig ein schneller Ausbau eines klimaneutralen öffentlichen Verkehrs mit Bus und Bahn. Dafür müssen öffentliche Subventionen und Privilegien konsequent in Richtung klimaneutralen Verkehrs gelenkt werden.

Und die Maxime der Regierung? „Autoland Deutschland – weiter so!“

Auch mit dem sogenannten „Klimapaket“ werden spritschluckende Autos noch immer mehr gefördert als umweltfreundliche Verkehrsmittel.

- Die **Erhöhung der Pendlerpauschale** von 30 auf 35 Cent ab dem 21. Kilometer erhöht insgesamt die Bereitschaft, weite Arbeitswege in Kauf zu nehmen. Sie schafft keinerlei Anreiz, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, zumal gleichzeitig mit der CO₂-Steuer der Treibstoffpreis nur um drei Cent pro Kilometer steigen soll.

- Die **Erhöhung der Kaufprämie für E-Autos** von 4000 auf 6000 Euro (für teure Schlitten auf 5000 Euro) ist zualterererst eine Verkaufsförderung für die Autoindustrie und führt nur zur Antriebs- statt zur Verkehrswende: Elektroautos sind kein Ausweg aus den Verkehrsproblemen. Sie ändern nichts an der Verstopfung der Städte, machen den Verkehr weder schneller noch effizienter und verursachen in der Herstellung mehr CO₂-Emissionen als „Verbrenner“.



Autoland Deutschland? Schluss mit „weiter so!“

Geld für Öffis statt für Autos! Klimagerechte Umverteilung jetzt!

Der Klimakollaps ist nur mit einer radikalen Mobilitätswende zu verhindern. Dazu gehört ein konsequenter Rückbau des Autoverkehrs als großem Verursacher von Treibhausgasen und Stickoxid. Und gleichzeitig ein schneller Ausbau eines klimaneutralen öffentlichen Verkehrs mit Bus und Bahn. Dafür müssen öffentliche Subventionen und Privilegien konsequent in Richtung klimaneutralen Verkehrs gelenkt werden.

Und die Maxime der Regierung? „Autoland Deutschland – weiter so!“

Auch mit dem sogenannten „Klimapaket“ werden spritschluckende Autos noch immer mehr gefördert als umweltfreundliche Verkehrsmittel.

- Die **Erhöhung der Pendlerpauschale** von 30 auf 35 Cent ab dem 21. Kilometer erhöht insgesamt die Bereitschaft, weite Arbeitswege in Kauf zu nehmen. Sie schafft keinerlei Anreiz, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, zumal gleichzeitig mit der CO₂-Steuer der Treibstoffpreis nur um drei Cent pro Kilometer steigen soll.

- Die **Erhöhung der Kaufprämie für E-Autos** von 4000 auf 6000 Euro (für teure Schlitten auf 5000 Euro) ist zualterererst eine Verkaufsförderung für die Autoindustrie und führt nur zur Antriebs- statt zur Verkehrswende: Elektroautos sind kein Ausweg aus den Verkehrsproblemen. Sie ändern nichts an der Verstopfung der Städte, machen den Verkehr weder schneller noch effizienter und verursachen in der Herstellung mehr CO₂-Emissionen als „Verbrenner“.



- Weder für die Umwelt, noch für das Klima ist Diesel weniger schädlich als Benzin. Die **Beibehaltung des Dieselpri­vilegs** setzt durch geringere Dieselbesteuerung negative Anreize. Sie erschwert die Verlagerung des LKW-Güterverkehrs auf die klima­freundliche Schiene und heizt den Verkauf großer, spritschluckender SUV an. Trotzdem hält die Bundes­regierung am Dieselpri­vileg fest und subventioniert Klimakiller so mit **acht Milliarden Euro pro Jahr**.

- Durch die **Beibehaltung des Dienstwagenprivilegs** können Arbeitgeber weiterhin die gesamten Anschaffungs- und laufenden Kosten eines Dienstwagens von der Steuer absetzen. Mit dieser günstigen Pauschalbesteuerung werden inzwischen fast zwei Drittel aller PKW über 200 PS zugelassen. Die großen Spritschlucker werden meist an besserverdienende Mitarbeiter*innen weitergegeben, die mit der monatlichen „Ein-Prozent-Pauschale“ am stärksten profitieren, wenn sie viel fahren. Diesen Klimawahnsinn subventioniert die Bundesregierung mit **mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr**.

Der Autoverkehr verursacht zudem mit rund 141 Milliarden Euro knapp 95 Prozent aller Folgekosten im Verkehr.

Damit muss Schluss sein!

Das Geld gehört in die dauerhafte Finanzierung des Ausbaus von Bus,- Bahn-, Rad- und Fußverkehr in Stadt und Land. Allein für den Ausbau des ÖPNV in den deutschen Städten werden geschätzt **500 Milliarden Euro** in den nächsten zehn Jahren benötigt. Daher:

- Autoverkaufsministerium stoppen: Keine Steuergeschenke für Klimakiller!
- Schluss mit dem Diesel- und Dienstwagenprivileg!
- Dauerhafter Ausbau des öffentlichen Verkehrs statt individueller E-Mobilität!



Mit unserer Kampagne einfach.umsteigen – Klimagerechte Mobilität für alle! setzen wir uns in Attac für eine radikale Verkehrswende ein – die nur von unten geht und gegen die profitorientierten Konzerne. Entdecke mehr:

attac.de/einfach-umsteigen



V.i.S.d.P. Sabine Lassauer, Attac Bundesbüro,
Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M.

- Weder für die Umwelt, noch für das Klima ist Diesel weniger schädlich als Benzin. Die **Beibehaltung des Dieselpprivilegs** setzt durch geringere Dieselbesteuerung negative Anreize. Sie erschwert die Verlagerung des LKW-Güterverkehrs auf die klimafreundliche Schiene und heizt den Verkauf großer, spritschluckender SUV an. Trotzdem hält die Bundesregierung am Dieselpprivileg fest und subventioniert Klimakiller so mit **acht Milliarden Euro pro Jahr**.

- Durch die **Beibehaltung des Dienstwagenprivilegs** können Arbeitgeber weiterhin die gesamten Anschaffungs- und laufenden Kosten eines Dienstwagens von der Steuer absetzen. Mit dieser günstigen Pauschalbesteuerung werden inzwischen fast zwei Drittel aller PKW über 200 PS zugelassen. Die großen Spritschlucker werden meist an besserverdienende Mitarbeiter*innen weitergegeben, die mit der monatlichen „Ein-Prozent-Pauschale“ am stärksten profitieren, wenn sie viel fahren. Diesen Klimawahnsinn subventioniert die Bundesregierung mit **mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr**.

Der Autoverkehr verursacht zudem mit rund 141 Milliarden Euro knapp 95 Prozent aller Folgekosten im Verkehr.

Damit muss Schluss sein!

Das Geld gehört in die dauerhafte Finanzierung des Ausbaus von Bus,- Bahn-, Rad- und Fußverkehr in Stadt und Land. Allein für den Ausbau des ÖPNV in den deutschen Städten werden geschätzt **500 Milliarden Euro** in den nächsten zehn Jahren benötigt. Daher:

- Autoverkaufsministerium stoppen: Keine Steuergeschenke für Klimakiller!
- Schluss mit dem Diesel- und Dienstwagenprivileg!
- Dauerhafter Ausbau des öffentlichen Verkehrs statt individueller E-Mobilität!



Mit unserer Kampagne einfach.umsteigen – Klimagerechte Mobilität für alle! setzen wir uns in Attac für eine radikale Verkehrswende ein – die nur von unten geht und gegen die profitorientierten Konzerne. Entdecke mehr:

attac.de/einfach-umsteigen



V.i.S.d.P. Sabine Lassauer, Attac Bundesbüro,
Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M.